Antisemitismus? Nein, Antigermanismus!

Veröffentlicht am 22. Mai 2021

Regelmäßig führt das Apartheitsregime Israel der Welt die Entrechtung der Palästinenser vor und schimpft von Antisemitismus und Terrorismus, wenn die Entrechteten sich wehren. So jetzt wieder bei dem derzeit größten, seit 2014 ausgebrochenen Nahostkrieg zwischen Israel und Palästina.

Um es gleich vorweg richtigzustellen bzw. die jüdische Täuschung vom gebetsmühlenartigen angeblichen Antisemitismus aufzudecken, sei darauf hingewiesen: Die Reaktion der Palästinenser sowohl in Palästina als auch weltweit gegen die israelisch-jüdische Unterdrückung kann kein Antisemitismus sein, da beide – Palästinenser wie Juden – Semiten sind; somit ist es also ein Krieg zwischen islamischen und jüdischen Semiten. Die Kritik an jüdischem Gebaren in Israel wäre daher treffender als Anti-Zionismus zu bezeichnen. Wenn die Juden ihre Kritiker aber als Antisemiten bezeichnen, dann sind sie, die Juden, selber Antisemiten, weil sie ja die palästinensischen Semiten von Anfang an bekriegen. Und Rassisten sind sie obendrein, da sie sowohl die palästinensischen Bürger von Israel als auch die Palästinenser in den besetzten Gebieten als Menschen 2. Klasse behandeln.

Mit dem am 10. Mai begonnenen Raketenangriff der Palästinenser vom Gaza-Streifen aus auf Israel, brach nach Darstellung der weltweiten pro-jüdischen Medien der bewaffnete schwere Konflikt nach sieben Jahre notdürftiger Ruhe wieder aus. Die wahre Ursache wurde tunlichst verschwiegen bzw. nur am Rande vermerkt, nämlich die Zwangsräumung von palästinensischen Häusern im Stadtteil Scheich Dscharrah im Ostteil von Jerusalem, eine Fortsetzung des nimmer endenden und stetig vorangetriebenen Land- und Eigentumsraubes der palästinensischen Semiten durch die israelischen Semiten. Diese Zwangsräumung geschah durch israelischen Gerichtsbeschluß, womit die Juden ihren Raub wieder einmal „legalisierten“, was in Wahrheit nichts anderes bedeutet, als eine nicht im geringsten unabhängige, sondern allein jüdische Interessen vertretende, nicht-israelische internationale Rechte aber mit Füßen tretende, also korrupte israelische Justiz bedeutet. Dafür nennt sich Israel ja mit Recht die „einzige Demokratie im Nahen Osten“.

Dieser Raub geschieht nicht, um, wie immer wieder behauptet wird, die Sicherheit Israels und seiner Bewohner zu gewährleisten – eine Sicherheit, die, nicht zuletzt durch die BRD hochgerüstete Atommacht Israel, weder durch die Al Fatah noch durch die Hamas gefährdet werden kann – sondern um das Erez-Israel, das Großisrael, das angeblich von Jahwe den Juden versprochene Land, zu erraffen; und dazu gehört nun einmal das gesamte Palästina sowie noch weitere Gebiete fremder Staaten. Schon von daher denken die israelischen Semiten gar nicht an eine Zwei-Staaten-Lösung, die von Anfang an nur als Täuschung ins Spiel gebracht wurde, sondern sie israelisieren ganz Palästina, bis es kein Palästina mehr gibt. Man betrachte, was seit 1948, der Gründung Israels, heute noch von Palästina übriggeblieben ist: https://heurein.wordpress.com/2018/02/27/das-maerchen-von-der-juedischen-opferrolle/

Was also erwarten die Missionare des jüdischen Opferrolle-Falschspieles, daß die durch die Zwangsräumung in Ostjerusalem wieder einmal beraubten Palästinenser hätten tun sollen, anstatt zur Gewalt zu greifen? Protestieren? Das tun sie immer, wenn sie beraubt werden, aber niemand schenkt ihnen Gehör; sich bei der UNO zu beschweren? Zwecklos, denn noch nie hat es die unter immensem jüdischem Einfluß stehende UNO gewagt, auf Kosten der Palästinenser gehende, völkerrechtswidrig vollzogene jüdische Interessen mit Gewalt zu stoppen. Auch diesmal ist nicht die Rede davon, die Zwangsräumung als Ursache des Konflikts rückgängig zu machen, sondern es ist das allseits bekannte dämliche Geschwätz: „Die UNO, die USA und die EU riefen dringend zur Deeskalation auf."[1] Man läßt den Palästinensern also nichts anderes übrig als die Gewalt, denn Israel, das zur Durchsetzung seiner Ziele nur Gewalt anwendet, kennt offenbar keine andere Sprache.

Und die Merkel, als Verräterin deutscher, dafür glühende Verfechterin und Verteidigerin jüdischer Interessen, einschließlich jüdischen Unrechts, legte wie immer ihr von vornherein bekanntes Treuegelöbnis zu Israel ab, indem sie ihren Papagei Seifert sagen ließ: „Die Bundeskanzlerin verurteilt die fortdauernden Raketenangriffe auf Israel auf das Schärfste. Es sind Terrorangriffe mit dem Ziel, wahllos und willkürlich Menschen zu töten und Ängste zu verbreiten. Nichts rechtfertigt solchen Terror. Dieser Raketenbeschuß muß sofort aufhören. Die Bundesregierung steht zu Israels Recht auf Selbstverteidigung gegen diese Angriffe."[2] Selbstverteidigung? Wie der permanente Landraub und die jüngste Zwangsräumung? Natürlich. Israel darf alles. Und alles im Namen der jüdischen „Selbstverteidigung"!

Die israelische Antwort auf die palästinensischen Angriffe war nicht die Zusicherung: wir beenden die Zwangsräumungen und machen den Landraub rückgängig, damit endlich Frieden herrscht, sondern, wie immer, sofortige infernalische Bombardierungen des Gazastreifens, eingeschlossen zivile Häuser, auch Gebäude, in denen Büroräume internationaler Medien untergebracht waren; mit Hunderten von Toten, der Großteil darunter Frauen und Kinder. Und Israels Kriegsminister Benny Gantz, lügenhaft und selbstgerecht: „Die internationale Gemeinschaft müsse verstehen, daß die Gegenseite mit der Gewalt begonnen habe und nun einen Preis bezahlen müsse."[3]

Jeder Konflikt mit Israel, wo auch immer auf der Welt, ist auch die Zeit der würdelosen, knechtischen BRD-Unterwerfung bezüglich aller jüdischen Handlungen, genannt „Staatsräson". Möglicherweise wird dem einen oder anderen BRD-Politiker diese beschämende Selbstgeißelung denn doch zu peinlich und er macht bescheidene Ausbruchsversuche, wie z. B. der SPD-Vorstand Norbert Walter-Borjans, der zur Diskussion stellte, „Waffenlieferungen an Israel mit einem Mitspracherecht bei der Konfliktlösung im Nahen Osten zu verknüpfen."[4] Ein alberner Vorschlag! Als wenn die Israelis sich bei den Waffenlieferungen, die sie ihrem Vasallen BRD befehlen und erhalten – darunter 6 atomwaffentragfähige U-Boote – Bedingungen stellen lassen würden! Im übrigen mutet es wie ein schlechter Scherz an: ein aggressives Regime zuerst mit Waffen zu füttern – was selbst nach BRD-Recht unzulässig ist (!) – und dann ein ohnehin nicht ernstzunehmendes Mitspracherecht zu fordern. Der außenpolitische Sprecher der CDU, Norbert Rüttgers, fühlte sich in seiner Knechtsehre gekränkt und protestierte: „Deutschland [er meinte das Vasallengebilde BRD, d.V.] steht

ohne Bedingungen an der Seite Israels, wenn es angegriffen wird. Das war bislang politischer Grundkonsens in unserem Land"5, Bedingungen für die Aufrüstung Israels zu stellen, sei „eine Anmaßung, die auf allen Seiten nur Kopfschütteln auslösen kann."

Nun, das sind alles kleine und sinnlose Unstimmigkeiten unter BRD-Sklaven. Das zu erwartende Machtwort kam schließlich vom Arbeitskreis jüdischer Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen; der Jude Abraham de Wolf, mit der Auschwitz-Keule zur Hand: „Für uns ist die Verteidigungsfähigkeit Israels essenziell (…) Denn der Grundsatz lautet: Nie wieder Auschwitz! Deutsche U-Boote tragen zur Sicherheit Israels bei. Sie könnten letztlich für einen atomaren Zweitschlag gebraucht werden, was der Abschreckung dient."6 Na bitte, Drohungen mit der Auschwitz-Keule und einem Atomeinsatz, und alles „zur Sicherheit" Israels, das paßt zusammen!

Auch die FDP „ruft zur Solidarität mit dem jüdischen Staat auf."7 Und die AfD in Hessen, verliebt in Israel wie ein Masochist in die Züchtigung seines Sadisten, fordert, ein Zeichen der Solidarität mit Israel zu setzen: Jüdische Fahnen sollen im Hochsauerlandkreis, bis zum Ende der „terroristischen Angriffe" seitens der Hamas, gehißt werden.8

Die weltweiten Proteste der Palästinenser und deren Sympathisanten sind das Natürlichste der Welt; über die kundgebenden Proteste der in die BRD lebenden Palästinenser und Araber ist allerdings einiges zu sagen. Als Deutsche gegen die ethnisch zerstörerische Tsunamiflut aus aller Herren Länder protestierten, da wurden sie von allen etablierten Stimmen der BRD regelrecht kriminalisiert und an Leib und Leben bedroht, und gar oft folgten diesen Bedrohungen Taten, welche die Kritiker Gesundheit oder Leben kosteten. Und diese Gefahr für deutsche Patrioten besteht nach wie vor. Doch siehe da, jetzt, wo sich Proteste gegen Juden richten, da befällt die antideutschen geistigen Brandstifter auf einmal die „Sorge über ‚eingewanderten Antisemitismus'".9 Ein gewisser Armin Laschet, Chef der sogenannten CDU, für den es bekanntlich gar nicht genug volksfremde Elemente hierzulande geben kann, die über unser deutsches Land bestimmen, jammert auf einmal von einem „eingewanderten" Antisemitismus", und: „Jeder deutsche Bürger – ‚ob er eingewandert ist, hier geboren oder eingebürgert wurde' – sei der historisch gewachsenen Verantwortung Deutschlands für Israel verpflichtet."10 Und sein Parteigenosse, der Unionsfraktionschef Ralph Brinkhaus, sagte: „Zu unseren Werten gehört der Schutz jüdischen Lebens. Wer das nicht beachtet, hat sein Gastrecht hier verwirkt."11 Und Merkels Sprechbursche Seibert tat kund: „Im Einzelfall könnten Antisemitische Straftaten auch mit Abschiebungen geahndet werden."12 Daß der Schutz auch patriotischen Lebens zu den Werten der BRD gehört, davon war noch nie die Rede, und wer bei Mißbrauch des Gastrechtes die Ausweisung der ausländischen Täter verlangte, wurde bislang als gewissenloser Unhold beschimpft. Bei einer Bürgerversammlung 2015 in Kassel genügte bereits ein Protest gegen den Bau einer Unterkunft für sogenannte Migranten, der im Zuge der Umvolkung „aus moralischen Gründen" geplant war, um den Kasseler Regierungspräsidenten Lübcke zu der an Verwerflichkeit und Zynismus nicht zu überbietenden Empfehlung hinreißen zu lassen, wem diese Politik nicht passe, der könne ja jederzeit „dieses Land", also sein Vaterland, verlassen.

Deutschen das Verlassen ihres angestammten Landes zu empfehlen, findet das deutschhassende Establishment schick, hingegen die Forderung nach Ausweisung volksfremder krimineller Elemente strafbar. So wurde erst am 12. 6. 2019 ein Mann namens Ernst Cran vom Amtsgericht Wiesbaden zu einem halben Jahr Gefängnis auf Bewährung verurteilt, weil er, angesichts der Nafri-Vergewaltiger, sich unter anderem geäußert hatte, man solle die „Vergewaltiger-Flüchtlinge“ aus dem Land jagen. Das Amtsgericht sah darin eine Aufforderung zur Gewalt gegen eine Minderheit und sah damit den Straftatbestand der „Volksverhetzung“ erfüllt. Daß sich kein Staatsanwalt und kein Richter finden wird, die Merkels und Laschets zu belangen, weil diese die Abschiebung schon allein wegen „antisemitischer“ Kritik in Erwägung ziehen, versteht sich von selbst. Kritik und Ausreise-Empfehlung an Juden oder an Nichtjuden wird in der BRD eben unterschiedlich gewogen; was bei ersteren als strafwürdiger Haß gilt, läuft bei letzteren unter Meinungsfreiheit.

Außerdem darf nie vergessen werden, daß sich die vom Zentralrat vertretenen Juden nicht zu Deutschland gehörig fühlen, denn sonst würde sich ihre Institution nicht „Zentralrat der Juden in Deutschland“, sondern „Zentralrat der deutschen Juden“ nennen.

Der derzeitige Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, versucht schlau glauben zu machen, daß die Juden in Israel und die Juden in der BRD nichts miteinander zu tun hätten, und daß Proteste gegen israelische Politik bei Juden außerhalb Israels daher fehl am Platze seien. Er verschweigt dabei die Tatsache, daß die geistige Heimat so gut wie aller nicht in Israel lebenden Juden eben Israel, und ihr Zentralrat ohne jeden Zweifel der verlängerte Arm Israels ist, dessen Hauptaufgabe in der politischen Unterstützung Israels besteht, und zwar stets mit Einbindung der drohend geschwungenen Schuld-Keule Auschwitz. Daraus macht Schuster auch kein Hehl: „Der Zentralrat der Juden erwartet angesichts der Raketenangriffe der islamistischen Hamas die Solidarität Deutschlands mit Israel und der jüdischen Gemeinschaft“13, und weiter: „Seit Tagen verbreiten Mobs in vielen deutschen Städten blanken Judenhaß. Sie skandieren übelste Parolen gegen Juden, die an die dunkelsten Zeiten deutscher Geschichte erinnern.“14

Und die medialen jüdischen bzw. pro-jüdischen Sprachrohre in der BRD weisen unermüdlich darauf hin, daß das Fundament und die Identität der BRD nicht das wahre und unverfälschte deutsche Deutschland sein darf, sondern allein das uns vorrangig von Juden aufoktroyierte, Deutschland vergiftende Geschichtsbild zu sein hat, und daß dies auch die sogenannten Migranten akzeptieren müssten: „Es ist nicht zuviel verlangt, zu begreifen, welches Fundament die neu erworbene Heimat Deutschland hat, und das, was es angreift, Gefahr läuft, das zu zerstören, weshalb es sich lohnt, Teil dieser Gesellschaft zu sein. (…) Es kann sehr wohl erwartet werden, daß Personen, die hier als Staatsbürger leben wollen, die Identität dieses Landes auch in ihre eigene Identität aufnehmen und daher auch seine geschichtliche Prägung durch die Abgrenzung von den Schrecken der NS-Zeit – das ‚Nie Wieder‘ – akzeptieren.“15 Also nicht nur autochthone Deutsche sollen ihrer Identität beraubt werden, sondern auch „Migranten.“ Letztere brauchen sich nicht anzupassen, nicht zu integrieren, sie können Deutschland und die Deutschen verachten und beschimpfen, es ist kein Muß, die deutsche Sprache zu erlernen, sie können Parallelgesellschaften

bilden, die Sitten und Gebräuche ihrer fernen Heimat weiterpflegen und sich ihre angeborene Identität bewahren; sie können Fremde bleiben, das ist der sogenannten „Diversität" und Zerstörung Deutschlands nicht abträglich. Aber eine einzige Bedingung wird ihnen auferlegt: Das seit 1945 etablierte, wie Salzsäure die Gehirne zerfressende „Fundament" sowie die falsche „Identität" zu akzeptieren! So lautet die Botschaft des Zentralrats der Juden an die Volksfremden. Wer sich aber nicht daran hält, der verbreite antisemitischen Haß und werde, nach der Drohung des BRD-Innenministers Seehofer, „die volle Härte des Rechtsstaates zu spüren bekommen."

Schließlich durfte noch die politische Witzfigur Heiko Maas sich mit der ihr zustehenden Rolle blamieren. Er, der seinen eigenen Worten zufolge „wegen Auschwitz in die Politik gegangen" ist, kann freilich nichts anderes zuwege bringen, als seinem Herrn und Meister in Tel Aviv demütig zuzustimmen. So war zu erwarten, daß die Hamas seine Äußerungen als „parteiisch" ablehnte, weil er „die israelische Aggression gegen unser Volk blind und uneingeschränkt unterstützt."[16] Es ist wahrlich kein Geheimnis, daß Maas für eine diplomatische Mission genauso potent ist wie ein Eunuche, der in der Politik seines Sultans und dessen Gegenspielers vermitteln soll.

Unter ägyptischer Mitwirkung kam es am 21. d. M. zu einem Waffenstillstand; einem Waffenstillstand, der grundsätzlich nichts ändern wird. Der Krieg wird weitergeführt. Auch Deutschland lebt in einem sogenannten Waffenstillstand, schon seit 76 Jahren. Dennoch geht der Krieg weiter, ob in Nahost oder in Deutschland, ob mit Bomben und Raketen oder mit Justiz und gerichtlichen Zwangsmaßnahmen. Aber immer bedingungslos nach den Wünschen der machtauslebenden Sieger. Antisemitismus wird vorgetäuscht, doch Antigermanismus praktiziert!

1Passauer Neue Presse (PNP), 17. 5. 21

2RT DE, 14. 5. 21

3SZ, 18. 5. 21

4Welt, 18. 5. 21

5ebenda

6Die Welt, 18. 5. 21

7ebenda

8Sauerland Kurier, 19. 5. 21

9PNP 18. 5. 21

10Der Spiegel, 20. 5. 21

11PNP 18. 5. 21

12ebenda

13PNP, 13. 5. 21

14PNP, 17. 5. 21

15Tagesspiegel, 19. 5. 21

16ebenda